

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Bärbel Kofler, Dr. Sascha Raabe, Lothar Binding (Heidelberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/1619 –**

### **Zum Beschluss der Vereinten Nationen, bis 2015 die Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Vereinten Nationen haben 1970 beschlossen, die Ausgaben für Entwicklung auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Auch Deutschland hat sich dazu verpflichtet. Der damalige Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat dieses auf der Konferenz Umwelt und Entwicklung 1992 mit dem Hinweis auf die gemeinsame Verantwortung für die eine Welt bestätigt. Allerdings sank der ODA-Anteil (ODA: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) auf 0,28 Prozent bis 1998 und wuchs erst nach dem Regierungswechsel um die Jahrtausendwende wieder.

Mit dem Beschluss der europäischen Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen 2005 für einen ODA-Stufenplan gibt es für das in den 1970er-Jahren vereinbarte 0,7-Prozent-Ziel der Vereinten Nationen erstmals einen verbindlichen Zeitplan, der auch für die Bundesrepublik Deutschland gilt: 0,51 Prozent bis 2010 und 0,7 Prozent bis 2015. Der Deutsche Bundestag hat das ODA-Ziel und den Stufenplan in mehreren Beschlüssen bekräftigt.

Der neue Bericht des Entwicklungskomitees (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) weist für 2009 einen Rückgang der deutschen ODA-Quote aus. Dieser kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass für das Jahr 2009 vorgesehene Maßnahmen erst 2010 durchgeführt und damit angerechnet werden können. Doch trotz dieser Verschiebungen wird Deutschland 2010 nur 0,4 Prozent des ODA erreichen und bleibt damit hinter dem EU-Stufenplanbeschluss und hinter dem internationalen Trend zur Steigerung der Entwicklungsfinanzierung zurück.

Die OECD kritisiert ebenfalls, dass die von den Regierungschefs der G8 im Jahre 2005 in Gleneagles beschlossene und 2007 in Heiligendamm bekräftigte Erhöhung der Mittel für staatliche Entwicklungszusammenarbeit um mehr als 40 Mrd. US-Dollar insbesondere für Subsahara-Afrika nicht eingehalten wird. Der Deutsche Bundestag hatte hier die Bundesregierung mit Beschluss 16/4160 aufgefordert, ihre hohe Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen.

Auch nach der OECD-Veröffentlichung der ODA-Zahlen betont die Bundesregierung, dass sie das ODA-Ziel von 0,7 Prozent im Jahre 2015 erreichen wird. Der nicht eingehaltene Stufenplan und der geringe Aufwuchs des Entwicklungshaushalts für 2010 sowie die darin ausgewiesenen Verpflichtungen für die kommenden Jahre weisen jedoch nicht auf eine Wende zur Einhaltung der UN-Verpflichtung hin.

1. In welchen Schwerpunkten der internationalen Zusammenarbeit wird die Bundesregierung für den Haushalt 2011 welche Aufwüchse im Entwicklungshaushalt und in anderen Einzelplänen vorschlagen, um die vereinbarte Quote von 0,7 Prozent Anteil des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) bis zum Jahre 2015 zu erreichen?

Der Haushalt 2011 befindet sich derzeit im regierungsinternen Aufstellungsverfahren. Schwerpunktsetzungen und detaillierte Ansätze werden dem Parlament, wie üblich, aus dem vom Kabinett verabschiedeten Regierungsentwurf deutlich werden. Zwischenstände des Verhandlungsprozesses, so die gute Übung seit vielen Jahrzehnten, sind Regierungsinterna.

2. Welche weiteren Steigerungen der ODA-Quote sieht die Bundesregierung für die folgenden Bundeshaushalte bis zum Jahr 2015 vor, und warum gibt es, wenn die Bundeskanzlerin und der zuständige Bundesminister ernsthaft an der vereinbarten Quote bis 2015 festhalten wollen, dazu noch keine Aussagen oder einen „internen ODA-Stufenplan“ der Bundesregierung?

Zu den folgenden Haushalten bis zum Jahr 2015 kann die Bundesregierung aus den in Frage 1 genannten Gründen nicht Stellung nehmen. Einen internen „ODA-Stufenplan“ der Bundesregierung gibt es nicht, weil die Exekutive damit dem Budgetrecht des Parlaments vorgreifen würde.

3. Wie setzen sich die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, innerhalb der Bundesregierung für die Steigerung der ODA-Quote ein, und welche Absprachen gibt es innerhalb der Bundesministerien zur Steigerung entwicklungspolitischer, ODA-anrechnungsfähiger Maßnahmen in den jeweiligen Ressorts?

Die Bundeskanzlerin und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung handeln mit dem ganzen Kabinett gemeinschaftlich als Bundesregierung. Im Rahmen der Möglichkeiten setzt sich die Bundesregierung für die Steigerung der ODA-Quote ein. Konkrete Absprachen innerhalb der Bundesministerien zur Steigerung der ODA-Quote gibt es nicht.

4. Welche Absprachen und Bemühungen gibt es von Seiten der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung, um vor allem die Bundesländer aber auch die Städte und Gemeinden zu stärkerer Entwicklungszusammenarbeit zu ermutigen, was ja auf die ODA-Quote der Bundesrepublik Deutschland angerechnet wird?

Der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit (BLA EZ) beschäftigt sich zurzeit intensiv damit, wie Städte und Gemeinden zu stärkerer Entwicklungszusammenarbeit ermutigt werden können. Ziel ist die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von Rollen und Schwerpunkten der kommunalen Entwicklungspolitik sowie ein Arbeitsprogramm, wie im Rahmen des politisch und rechtlich Machbaren mehr Kommunen zu entwicklungspolitischem Engage-

ment ermutigt bzw. bestehendes Engagement gestärkt werden kann. Basis hierfür ist der Beschluss der Ministerpräsidenten zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder (MPK-Beschluss) vom Oktober 2008, in dem sich die Länder dafür aussprechen, die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen verstärkt zu fördern.

5. Wie wird die Bundesregierung ihre internationalen finanziellen Zusagen und Verpflichtungen einhalten, vorrangig
  - a) bei der Verpflichtung, die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen bis 2015 umzusetzen,

Die Bundesregierung ist mit der Anerkennung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) keine direkten finanziellen Verpflichtungen eingegangen. Die MDGs stellen einen Zielkatalog und keine Finanzierungszusage dar.

- b) bei der Verpflichtung, Entwicklungsländer bei Maßnahmen für den Erhalt der Biodiversität und Klimaschutz zu unterstützen,

An der Umsetzung der Zusage von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Deutschland werde in den Jahren 2009 bis 2012 einen Betrag von zusätzlich 500 Mio. Euro und ab 2013 dauerhaft jährlich 500 Mio. Euro für den weltweiten Schutz von Wäldern und anderen Ökosystemen bereitstellen, hält die Bundesregierung fest. In einem ersten Schritt zur Umsetzung der Verpflichtung hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2009 seine Zusagen für den Bereich Biodiversität und Wald gegenüber dem Vorjahr um 53 Mio. Euro erhöht. Die Mittelbereitstellungen sollen – vorbehaltlich entsprechender Haushaltsbeschlüsse des Deutschen Bundestages – bis 2012 stufenweise ansteigen, so dass die Zusage dann voll umgesetzt sein wird. Dies wird gemäß den OECD-DAC-Melderichtlinien auch zur ODA-Quote beitragen.

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Europäischen Rats vom 10./11. Dezember 2009 das Angebot der EU und ihrer Mitgliedstaaten für eine Beteiligung an der weltweiten Fast-Start-Finanzierung für Entwicklungsländer in Höhe von 2,4 Mrd. Euro jährlich in den Jahren 2010 bis 2012 unterstützt. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat zugesagt, dass Deutschland von dieser Summe, einen Anteil von durchschnittlich 420 Mio. Euro pro Jahr übernehmen wird, insgesamt also 1,26 Mrd. Euro in 2010 bis 2012. Die Mittelbereitstellungen sollen – vorbehaltlich der entsprechenden Haushaltsbeschlüsse des Deutschen Bundestages – in dem genannten 3-Jahres-Zeitraum jährlich ansteigen (nach derzeitigem Planungsstand: 2010: 350 Mio. Euro; 2011: 409 Mio. Euro; 2012: 501 Mio. Euro) und werden gemäß den OECD-DAC-Melderichtlinien auch zur ODA-Quote beitragen. Mindestens 350 Mio. Euro dieser Fast-Start-Zusage, d. h. etwa 30 Prozent, wird Deutschland in Maßnahmen zum Waldschutz (REDD plus) investieren. Diese Haushaltsmittel dienen sowohl dem Biodiversitätsschutz als auch dem Klimaschutz und werden entsprechend angerechnet.

- c) bei der Bekämpfung des Hungers und bei der Unterstützung der eigenständigen Ernährungssicherung,

Die Bundesregierung hat auf dem G8-Gipfel in L'Aquila 2009 insgesamt 3 Mrd. US-Dollar im Rahmen der L'Aquila Food Security Initiative (AFSI) für die Jahre 2010 bis 2012 zugesagt. Vorbehaltlich der entsprechenden Mittelbereitstellung durch den Haushaltsgesetzgeber in den künftigen Haushaltsjahren sollen die Mittel für strukturell wirksame Maßnahmen zur eigenständigen Verbesserung der Ernährungssicherheit in unseren Partnerländern eingesetzt werden. Die Um-

setzung wird insbesondere über bilaterale Vorhaben auf Basis ländereigener Strategien erfolgen.

- d) bei der Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria,

Die Bundesregierung hat sich 2007 verpflichtet, von 2008 bis 2010 insgesamt 600 Mio. Euro für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) bereitzustellen. 2008 und 2009 wurden jeweils 200 Mio. Euro direkt an den GFATM ausgezahlt, für 2010 sind im Haushalt weitere 204 Mio. Euro bereitgestellt.

und wie, und wann wird sich das in einer gestiegenen ODA-Quote ausweisen?

Die Mittelbereitstellungen werden sich – vorbehaltlich der entsprechenden Haushaltsbeschlüsse des Deutschen Bundestages – entsprechend auf die ODA-Quote auswirken.

6. In welchem Umfang wird in den Haushalten 2010 bis 2015 die Erfüllung eingegangener Zahlungsverpflichtungen für internationale Organisationen in Umsetzung des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und FDP eingeschränkt oder eingestellt, und welche Auswirkungen hat dies auf die deutsche ODA-Quote?

Die Bundesregierung wird alle eingegangenen Zahlungsverpflichtungen für internationale Organisationen im Rahmen der vereinbarten Lastenteilung erfüllen. Entsprechende Zahlungen werden gemäß den OECD-DAC-Melderichtlinien in die ODA-Quote eingehen.

7. Wie würde sich die Einhaltung der Finanzierungszusagen der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung für Klimaschutz und Biodiversitätsmaßnahmen, für HIV/Aids-Bekämpfung, Müttergesundheit oder Bildung insbesondere für die genannten internationalen Vereinbarungen auf die ODA-Quote der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2010 und für die Folgejahre bis 2015 auswirken?

Es gibt keine spezifisch auf Müttergesundheit oder Bildung bezogene Finanzierungszusagen der Bundesregierung. Zu Klimaschutz und Biodiversitätsmaßnahmen und zu HIV-/Aids-Bekämpfung siehe Antwort zu Frage 5.

8. Welche zusätzlichen Gelder für den Klimaschutz und für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern wird die Bundesregierung künftig auf die ODA-Quote anrechnen?

Alle Mittel für Klimaschutz und für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern, die den Kriterien der OECD-DAC-Melderichtlinien entsprechen, werden auch künftig (wie bisher) Teil der deutschen ODA sein. Nähere Angaben können der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Finanzierung des internationalen Klimaschutzes und der Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern“ (Bundestagsdrucksache 17/1196) entnommen werden.

9. Wie werden die mit der Vereinbarung von Kopenhagen zugesagten 400 Mio. Euro in den Haushalten 2010 bis 2012 jeweils auf die Einzelpläne des Entwicklungsministeriums (EPL 23) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (EPL 16) aufgeteilt, und welche Summen werden als ODA-anrechnungsfähig gemeldet?

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Europäischen Rats vom 10./11. Dezember 2009 das Angebot der EU und ihrer Mitgliedstaaten für eine Beteiligung an der weltweiten Fast-Start-Finanzierung für Entwicklungsländer in Höhe von 2,4 Mrd. Euro jährlich in den Jahren 2010 bis 2012 unterstützt. Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat zugesagt, dass Deutschland von dieser Summe einen Anteil von durchschnittlich 420 Mio. Euro pro Jahr übernehmen wird, insgesamt also 1,26 Mrd. Euro in 2010 bis 2012. Die im Bundeshaushalt 2010 bereitgestellte Summe von insgesamt 350 Mio. Euro verteilt sich nach derzeitigem Planungsstand auf das BMZ (205 Mio. Euro) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (145 Mio. Euro). Die Mittelbereitstellung in den Jahren 2011 und 2012 ist abhängig von den entsprechenden Haushaltsbeschlüssen des Deutschen Bundestages.

10. Welchen Anteil an den nichteingehaltenen Zusagen gegenüber den Staaten des Afrikanischen Kontinents auf den G8-Gipfeln – statt 25 Mrd. US-Dollar nur etwa 11 Mrd. US-Dollar – hat die Bundesrepublik Deutschland, und in welcher Verantwortung sieht sich hier insbesondere die Bundeskanzlerin bei der Einhaltung der Zusagen von Heiligendamm?

Deutschland hat sich im G8-Rahmen nicht zu einem fest definierten nationalen Beitrag oder Anteil zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) für Afrika verpflichtet. Daher lässt sich kein deutscher Anteil an etwaigen Fehlbeiträgen berechnen. Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung ihre bilateralen Zusagen für Subsahara-Afrika von 418 Mio. Euro in 2004 auf ca. 1,2 Mrd. Euro in 2009 erhöht und damit nahezu verdreifacht. Es bleibt das Ziel der Bundesregierung, die Mittel für Afrika weiter zu steigern.

11. Welche Rolle spielen bei den Treffen der Entwicklungsministerinnen und Entwicklungsminister der EU sowie bei den Treffen der Regierungschefs die Fragen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und der Einhaltung der Vereinbarungen sowohl des Stufenplans der ODA-Quote als auch der Vereinbarungen der G8- und G20-Gipfel?

Die Entwicklungsministerinnen und Entwicklungsminister der EU befassten sich bei den meisten ihrer Räte eingehend mit Fragen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und der Einhaltung des ODA-Stufenplans. Für die Positionsbildung der Entwicklungsministerinnen und Entwicklungsminister spielen die diesbezüglichen Vereinbarungen von G8-Gipfeln eine wichtige Rolle. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Schlussfolgerungen des Entwicklungsrates vom Mai 2009 zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise auch für die einschlägigen Vereinbarungen der G20-Gipfel von Washington und London und Pittsburgh. Auch die Staats- und Regierungschefs der EU widmeten sich in regelmäßigen Abständen in ihren Schlussfolgerungen diesen Fragen.

12. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Vertrauensverlust in der internationalen Gemeinschaft durch die Nichteinhaltung des ODA-Stufenplans und von Finanzierungszusagen der Bundeskanzlerin zuletzt in Kopenhagen?

Die Bundesregierung genießt in der internationalen Gemeinschaft nach wie vor hohes Vertrauen.

13. Wie bewertet die Bundesregierung, dass der Entwicklungsminister innovative Finanzierungsinstrumente mehrfach öffentlich abgelehnt hat und sich nicht dazu äußert, wie er die 0,7 Prozent des ODA dennoch erreichen will?

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat innovative Finanzierungsinstrumente nicht mehrmals öffentlich abgelehnt. Die Umsetzung des Ziels, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, wird in den jeweiligen jährlichen Haushaltsaufstellungsverfahren und im parlamentarischen Verfahren angestrebt.

14. Wie steht die Bundesregierung

- a) allgemein zur Nutzung neuer Finanzierungsinstrumente, um die ODA-Quote zu erreichen, und

Die Bundesregierung wird weiterhin Möglichkeiten neuer Finanzierungsinstrumente in Erwägung ziehen.

- b) insbesondere zur Nutzung von Einnahmen  
– aus der CO<sub>2</sub>-Zertifizierung,

Die Bundesregierung nutzt bereits die Erlöse aus der Veräußerung der Emissionsberechtigungen aus dem EU-Emissionshandel zur Finanzierung z. B. der grundsätzlich ODA-anrechenbaren Internationalen Klimaschutzinitiative. Auch in den kommenden Jahren ist eine Nutzung dieses Instruments geplant.

- aus der Einführung einer echten Finanztransaktionssteuer oder

Zurzeit erarbeitet der Internationale Währungsfonds (IWF) im Auftrag der G20-Staaten einen Bericht über die verschiedenen Möglichkeiten zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Bewältigung der Krise. Hierbei wird auch eine international abgestimmte Finanztransaktionssteuer thematisiert. Die Bundesregierung hält das Instrument der Finanztransaktionssteuer nur dann für sinnvoll, wenn es international umgesetzt wird. Der Abschlussbericht des IWF, der für Juni 2010 geplant ist, wird eine wertvolle Grundlage für die internationale Diskussion bieten.

- aus der Einführung einer Flugticketabgabe und

Es gibt derzeit keine Diskussion über die Einführung einer Flugticketabgabe in der Bundesregierung.

Ab 2012 wird der Flugverkehr in den EU-Emissionshandel einbezogen.

- c) zu Berechnungen der zu erzielenden Mehreinnahmen?

Siehe Antwort zu Frage 15.

15. Mit welchen Summen rechnet die Bundesregierung durch Einnahmen aus welchen neuen Finanzierungsinstrumenten, und wie wird sie sie verwenden?

Die Prognosen über Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsberechtigungen werden im Rahmen des Entwurfs des Bundeshaushalts 2011 und des neuen Finanzplans aktualisiert und können daher noch nicht genannt werden.

Das mögliche Aufkommen sowohl aus einer internationalen Finanztransaktionssteuer als auch einer Flugticketabgabe hängt von der konkreten Ausgestaltung ab, so dass hierzu keine allgemeingültigen Aussagen getroffen werden können.

Grundsätzlich dienen alle Einnahmen der Deckung aller Ausgaben und wird über die Verwendung von Einnahmen im jährlichen Haushaltsaufstellungsverfahren entschieden.

16. Warum hat sich die Bundesregierung in ihren öffentlichen Verlautbarungen zum Entwicklungshaushalt und zur ODA-Quote nur auf die Zahlen des Jahres 2008 bezogen, ohne auf den Aufwuchs 2009 hinzuweisen, und dies zur Rechtfertigung für die Nichteinhaltung des ODA-Stufenplans herangezogen?

Die Bundesregierung kann sich in ihren öffentlichen Verlautbarungen nur auf die von der OECD geprüften endgültigen Zahlen für 2008 beziehen. Für 2009 liegen erst seit dem 14. April 2010 vorläufige Zahlen der OECD vor.

